

1945 - Potsdam

Vor nunmehr fast 20 Jahren, im Juli und August des Jahres 1945, trafen sich die Regierungshäupter der Großmächte der Antifaschistischen Koalition im Schloß Cecilienhof in Potsdam zu einer bedeutsamen Konferenz...

Es ist vor allem der konsequenten Verhandlungspolitik der Vertreter der sozialistischen Sowjetunion zu danken, wenn die Vertreter der imperialistischen Westmächte mit ihren Versklavungs- und Zerstörungspänen nicht zum Zuge kamen...

Bei der Betrachtung zum Wesen und zum Entstehen des staatsmonopolistischen Kapitalismus hatten wir besonders hervorgehoben, wie sich das Kapitalverhältnis beim Einzelkapital durch das Wirken des Grundgesetzes des Kapitalismus und der Gesetze der kapitalistischen Akkumulation entwickelt...

Niemand wird bezweifeln, daß die unerbundenen Menschenverluste im ersten und zweiten Weltkrieg - weit mehr als 50 Millionen Menschen wurden getötet - und die massenhafte Zerstörung von Fabriken, Verkehrsmitteln und Städten ein beklammertes Ausmaß für diese hemmende Tendenz sind...

Revolutionärer Kampf nötig

Diese Seite des heutigen Imperialismus - des staatsmonopolistischen Kapitalismus - muß immer wieder betont werden. Doch kann es wenigstens ein wenig vorgeschoben werden, daß der heutige Imperialismus zwar faulend, parasitär, sterbender Kapitalismus ist, aber auch die Produktivkräfte entwickelt...

Nachmals, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse entwickeln sich im staatsmonopolistischen Kapitalismus und werden entwickelt und schaffen so die Möglichkeit der Realisierung des Monopolprofits...

In der Vergangenheit wurde dieses Zusammenwirken, die Verflechtung der Macht der Monopole mit der Macht des imperialistischen Staates oftmals mit der Darstellung der Personalunion zwischen den Monopolen und den Leitern des imperialistischen Staates abgetan. Sicherlich muß die Personalunion auch heute noch, ja solange das staatsmonopolistische Kapitalismus existiert, konkret entlarvt werden...

1949 - zwei Verfassungen

Angesichts der Zunahme ernster Symptome einer unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Entwicklung in den vier Besatzungszonen, des immer spürbarer werdenden Zurückbleibens der Westzonen, hatte der Parteivorstand der SED bereits am 22. September 1946 „Grundgesetze des deutschen Volkes“ und am 16. November des gleichen Jahres den Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik veröffentlicht...

Das Resultat der Auseinandersetzungen war die Annahme von Verfassungsrichtlinien durch den Deutschen Volkskongreß im August 1948

IN DEN LETZTEN



JAHREN

Sowjetunion zu danken, wenn die Vertreter der imperialistischen Westmächte mit ihren Versklavungs- und Zerstörungspänen nicht zum Zuge kamen und dem deutschen Volk im Potsdamer Abkommen eine echte Perspektive gezeigt wurde...

lichkeit eingeräumt wurde, wie es im Potsdamer Abkommen wörtlich lautet, „zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedliebenden Völkern der Welt einzunehmen“.

Dr. Hans Wilde, Institut für Politische Ökonomie:

Die Rolle des Staates im modernen Kapitalismus (2)

Fertigprodukte an die weiterverarbeitenden Betriebe oder zum Ort des Konsums zu bringen, ist nicht gering. Diese Waren und produktiven Dienstleistungen, welche zur Durchführung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses benötigt werden, werden in einem großen Maße in den Staats-, Länder- oder Kommunalbetrieben erzeugt. In diesen Betrieben, wie auch in den anderen staatlichen Betrieben, besteht der imperialistische Staat direkt einen großen Teil der Arbeiterklasse aus...

Aber damit nicht genug. Wir finden nicht selten, daß die staatlichen Unternehmen nicht rentabel arbeiten; oftmals arbeiten sie ohne Gewinn oder mit Verlust. Der Verlust der staatlichen Betriebe ist Gewinn für die Monopole, wird Teil des Monopolprofits, der ihnen so zufließt. Der Verlust wird gedeckt über den Staatshaushalt, letztlich durch eine erhöhte Steuerlast...

Welche Möglichkeiten für die privaten Monopole aus der ökonomischen Verbindung mit den staatlichen oder ihnen entsprechenden Betrieben entspringen, läßt die Größe des Grundkapitals dieser Betriebe ahnen.

Ob staatlich, ob privat...

Die Diskussion über die Reprivatisierung, welche seit Jahren von den Vertretern des Monopolkapitals geführt wird, richtet sich nicht im Prinzip gegen die Beseitigung aller staatlichen Unternehmen. Sie wird immer sehr konkret geführt um einzelne staatliche Unternehmen oder um Gruppen von Unternehmen. Wenn ein gro-

völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, Verbot jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda und die Verhaftung und Bestrafung der Kriegsverbrecher und - wie es im Potsdamer Abkommen heißt - aller derjenigen, „die an der Planung oder Verwirklichung nazistischer Maßnahmen, die Greuel oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder als Ergebnis hatten, teilgenommen haben“.

Während im östlichen Teil Deutschlands das deutsche Volk mit Unterstützung der Sowjetunion diese große Chance genutzt und mit der alten Vergangenheit endgültig gebrochen hat, will es fast als Ironie der Geschichte anmuten, wenn der Bonner Bundestag am 23. März 1965 den allen Völkerrechtsnormen und den Beschlüssen der Antifaschistischen Koalition zuwiderlaufenden Beschluß faßte, ab 31. Dezember 1969 alle Nazi- und Kriegsverbrechen verjähren zu lassen und gleichzeitig eine Amnestie für Naziverbrecher durchzusetzen...

CDU-Abgeordneten Wilhelm - „neuer Weg im Rechtswesen“ ist jedoch nur eine Form der seit den ersten Nachkriegsjahren durch den deutschen Imperialismus im Verein mit den Westmächten kontinuierlich betriebenen Politik der Mißachtung der völkerrechtlichen Festlegungen der Antifaschistischen Koalition.

Wenn sich der westdeutsche Historiker Michael Freund 1962 darüber beklagte, daß die USA auf der Potsdamer Konferenz ihr damaliges Atombombenmonopol nicht zur Erpressung der Sowjetunion ausgenutzt hätten und seine Verbitterung und Enttäuschung darüber in die Worte kleidete: „Die Bombe wurde für Deutschland umsonst erfunden“ - so sprechen die unlängst bekannt gewordenen Atomministerpläne der Bonner Bundeswehrführung ihre eigene Sprache. So sollen die „Halbungen“ des Kieler Historikers doch noch bittere Wirklichkeit werden. Es ist Aufgabe der Bevölkerung beider deutscher Staaten, eine solche Wirklichkeit zu verhindern - im Geiste von Potsdam.

Dr. Karin Ruckl

Bes staatliches Unternehmen in einem solchen Industriezweig arbeitet, in dem es ständig hohe Monopolprofite realisiert, z. B. Volkswagenwerke, Preussag u. a., dann wird mit allen Mitteln um die Reprivatisierung gekämpft. Nicht zuletzt mit dem Argument, die Verstaatlichung greift die ewige, natürliche, freihandliche und gottgewollte Eigentumsgrundlage des Privateigentums an (hier liegt tatsächlich eine Gefahr für das Kapitaleigentum). Ohne Rücksicht auf die Ewigkeit, die Freiheit und ein höheres Wesen tritt das private Monopolkapital aber auch für die Verstaatlichung ein, z. B. bei solchen Unternehmen und Zweigen, in denen durch mancherlei Ursachen die kapitalistische Produktion für eine längere Zeit nicht rentabel erscheint. Das beweist eindeutig die gesamte Geschichte der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland, England und Frankreich. Wie überhaupt der Prozeß des ständigen Verstaatlichens und Reprivatisierens, dem Grundgesetz des Kapitalismus untergeordnet, typisch für das staatsmonopolistische Kapitalismus ist, das wird sehr deutlich an einer anderen Erscheinung im staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Seit seinem Entstehen konnte der bürgerliche Staat als „ideeller Gesamtkapitalist“ nicht existieren, ohne daß er sich vor dem durch die Arbeiter und die anderen werktätigen Schichten geschaffenen Neuwert (Nationaleinkommen) durch Besteuerung oder auf anderem Wege Teile aneignete. Der Staatsapparat und der dazugehörige Beamtenapparat, Armee, Polizei, Justiz, Verwaltung usw. produzieren nichts und mußten leben. Der Teil des vom Staat angeeigneten Neuwertes verwandelte sich in den Händen dieser Personen zu Revenuen, in Mittel zum Unterhalt ihres Lebens. „König, Pfaff, Professor, Hure und Kriegsknecht“ sie alle leben im Kapitalismus auf Kosten der Werktätigen und erhalten ihren Anteil auf Grund ihrer gesellschaftlichen Funktion.

Der Anteil, der im vormonopolistischen Kapitalismus vom gesamten Neuwert diese Verwendung durchmacht, war nicht gering. Aber mit der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus vollzog sich hier ein quantitativer und qualitativer Wandel. Die Anzahl der Könige ist zwar geringer, die der Staatsbeamten jedoch größer geworden, und der Staatsapparat wurde und wird immer weiter ausgebaut. Der Teil des Nationaleinkommens, der dafür aufgebracht werden muß, ist beträchtlich angewachsen und er wird wie früher in Revenue verwandelt. Die Summe, welche durch Steuern und andere Methoden heute in die Hände des imperialistischen Staates gelangt, ist aber wesentlich größer. Der imperialistische Staat eignet sich heute 45 bis 50 Prozent des gesamten Nationaleinkommens an. In seinen Händen wird dieser Teil des Nationaleinkommens nicht mehr im wesentlichen zu Revenue, sondern zu Kapital verwandelt, welches den Staatsbetrieben direkt oder den privaten Monopolen in der Form von Subventionen, Darlehen und Krediten zu niedrigen Zinsen und auf andere Art zur Verfügung gestellt wird.

Hier vollzieht sich also ein ständiger Prozeß der Verstaatlichung und Reprivatisierung von Neuwert. Die Summe ist hoch. So wurden in den Jahren 1950 bis 1963 mehr als 200 Milliarden in den Händen des westdeutschen Staates zu Kapital, welches den Staatsbetrieben oder den privaten Monopolen zur Verfügung gestellt wurde.

Bevor wir zu anderen Erscheinungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus übergehen, wollen wir einige Schlussfolgerungen ziehen, die für die Festlegung der Strategie und Taktik der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus von Bedeutung sind:

1 Die Verschmelzung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates zeigt sich vor allem in der Verflechtung und der Zusammenarbeit zwischen den Unternehmerverbänden und dem imperialistischen Staat. Das ist der Kern des staatsmonopolistischen Herrschaftsapparates.

2 Der imperialistische Staat ist im staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht mehr nur „ideeller Kapitalist“. In den Betrieben des imperialistischen Staates werden wichtige Produktionsmittel für die gesellschaftliche Reproduktion produziert und ein großer Teil der Arbeiterklasse wird in diesen Betrieben direkt durch den Staat ausgebeutet. Für die Arbeiter dieser Betriebe steht der Staat, wenn es um Lohnfragen oder um bessere soziale Leistungen geht, nicht mehr über den Klassen, sondern er ist der sichtbare Klassengegner. Der ökonomische Kampf wird hier objektiv zum politischen Kampf. Diese Erfahrung gewinnen die Arbeiter in den Staatsbetrieben tagtäglich.

Auch die Verwandlung von Neuwert in Kapital und der Kampf der Werktätigen gegen die Erhöhung der Steuern, gegen die ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung, dieser ökonomische Kampf kann objektiv zum politischen Kampf werden, obwohl diese Beziehungen zwischen Staat und Klasse nicht nur oder sehr schwer allein durch die tagtäglichen Erfahrungen erkannt werden kann.

3 Der imperialistische Staat darf nicht nur als Überwachungsinstanz betrachtet werden. Er ist in einem nicht unbedeutlichen Maße zu einem Teil der ökonomischen Basis des heutigen Imperialismus geworden. Aus dieser Tatsache ergeben sich bestimmte Änderungen im Verhältnis der Ökonomie zur Politik. Die Politik erlangt das Primat über die Ökonomie. Das wollen wir in einem weiteren Beitrag noch genauer untersuchen.

1 Siehe hierzu W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. I, S. 512. 2 K. Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1925, S. 47. 3 E. Thälmann, Wahlkreis 1923 im Mannfelder Gebiet. 4 K. Pritzke, Die neuen Herren, Wien-München 1955, S. 238. 5 Siehe hierzu J. Chmelnitzka, Der westdeutsche Monopolkapitalismus, Berlin 1962, S. 254. 6 Siehe hierzu Thesen „Imperialismus - heute“ in „Einheit“ II, 1/1965, S. 107. 7 Siehe hierzu auch: DWT-Bericht Nr. 26/1956 (Lobbyismus). 8 Siehe E. Marx, Das Kapital, Bd. II, S. 271. 9 Siehe G. Reinhold, a. a. O.

IN DEN LETZTEN



JAHREN

und schließlich die Bestätigung der Verfassung durch den mit Zweidrittelmehrheit gewählten III. Deutschen Volkskongreß am 30. Mai 1949. Der Charakter dieser von Anfang an für eine einheitliche, ganz Deutschland umfassende Republik gedachten Verfassung wurde geprägt durch die Mitwirkung der breitesten Öffentlichkeit: In 9000 Versammlungen berieten, von 15 000 Stellungnahmen und 503 konkreten Abänderungsvorschlägen gefolgt,

stellte sie das Ergebnis einer souveränen Entscheidung der Bevölkerung Ostdeutschlands und vieler westdeutscher Patrioten dar. Ihr Gegenstück, das Bonner Grundgesetz, erweist sich zunächst als Produkt eines unter Ausschluß der Öffentlichkeit betriebenen, neunmonatigen Kuhhandels des „Parlamentarischen Rates“. In diesem Zusammenhang ist es nicht uninteressant, zu vermerken, daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft

trat - also reichlich vier Monate früher als unsere Verfassung, die bekanntlich am 7. Oktober 1949 rechtskräftig wurde. Es mag beim Leser Erstaunen auslösen, wenn er aus dem Munde Konrad Adenauers folgende ärgersliche Sätze vernimmt: „Gerade in diesen Tagen habe ich zuverläßig gehört, daß ein Professor der Geschichte in seinem Kolleg seinen Studenten gesagt hat: ‚Mit der Beschlußfassung des Grundgesetzes wurde Deutschland halbiert.‘ Und wenn Adenauer den ungenannten Historiker ‚widerlegt‘, dann zeigen seine Argumente treffend ein weiteres Charakteristikum der bundesrepublikanischen Verfassung: Im Sommer 1948 entschlossen sich die drei westlichen Alliierten, den Bewohnern der drei Westzonen die Möglichkeit zu geben, eine sie zusammenfassende staatliche Organisation zu schaffen. Die Militärgouverneure übergaben den damaligen Chefs der Länderregierungen am 1. Juli 1948 die sogenannten ‚Frankfurter Dokumente‘, die Geburtsurkunde und Arbeitsrichtlinie des ‚Parlamentarischen

Rates“. Die folgenden Sätze sollte man zweimal lesen: „Und nun kam die Entscheidung: Die Parteien in den drei Westzonen und die Abgeordneten des Parlamentarischen Rates haben die Übertragung der ihnen gestellten Aufgaben angenommen (nämlich ein Grundgesetz auszuarbeiten - G. D.). Sie haben im Interesse des höheren Zweckes auch die von den Gouverneuren gestellten Bedingungen angenommen, u. a. die Genehmigung des Grundgesetzes durch die Gouverneure (die erst nach mehrfacher Abänderung des Entwurfs entsprechend den Wünschen der imperialistischen Besatzungsmächte erteilt wurde - G. D.).“ (Das Parlament, 10. Juni 1954.)

Soweit Herr Adenauer. Ein namhafter westdeutscher Staatsrechtler, der im Herbst 1949 einen Kommentar zum Grundgesetz veröffentlichte, begann diesen mit dem Satz: „Im Anfang war die Weisung.“ Jeder weitere Kommentator dürfte überflüssig sein.

Gottfried Dietrich UZ 13/65, Seite 5